

An die
Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände LAGF
Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie Sachsen-Anhalt e.V.
Leibnizstraße 4
39104 Magdeburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die umfassende Darstellung Ihrer Positionen danken wir Ihnen. Aufgrund der Breite der Darstellung und aufgrund der sehr allgemeinen Fragestellung, die Sie an uns gerichtet haben, beantworten wir Ihre Frage zusammenhängend.

Unser Ziel ist, unser Bundesland zum familienfreundlichsten Land in Deutschland zu machen, weiterverfolgen: Dazu bedarf es immer einer kritischen Analyse, wo der Staat helfen muss, um Familien zu unterstützen, aber auch da, wo die elterliche Verantwortung an erster Stelle steht. Für uns ist die Ehe kein überholtes Lebensideal, sondern weiterhin besonders förderungs- und unterstützenswert.

Wir werden, uns den besonderen Herausforderungen und Problemen von Alleinerziehenden annehmen: Mehr als ein Viertel der Familien in Sachsen-Anhalt sind Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern. In dieser Gruppe sind überdurchschnittlich viele soziale Belastungen zu finden. Deshalb muss die Landespolitik auf diese Gruppe der Gesellschaft und deren Interessen ein besonderes Augenmerk haben und entsprechende Unterstützungsangebote gestalten.

Wir werden, die Arbeit der Familienverbände in Sachsen-Anhalt weiterhin fördern.

Wir wollen die Rechte von Kindern und Jugendlichen, auch im Rahmen von Beteiligungsprozessen stärken: Kinder und Jugendliche sind nicht nur die Zukunft unserer Gesellschaft, sondern müssen die Gelegenheit haben, ihre Lebensumgebung aktiv mitzugestalten. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, setzen wir uns für altersgerechte Beteiligungsprozesse ein. Das jugendpolitische Programm des Landes muss in diesem Sinne immer weiterentwickelt und den Veränderungen angepasst werden. Den Jugendverbänden und dem Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt kommen als Sprachrohr der jungen Generation eine wichtige Bedeutung zu. Diese gilt es, in ihrer Arbeit zu stärken.

Als Land werden wir weiter die Finanzierung der Kinder und Jugendarbeit auf kommunaler Ebene, zum Beispiel im Rahmen der Kinder- und Jugendhäuser, oder der Projektförderung, unterstützen. Dabei setzen wir auf Einrichtungen mit pädagogischem Fachpersonal, die um Objekte in Selbstverwaltung ergänzt werden. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist ein Kernthema unserer Politik. Die Verletzung an Leib und Seele von Kindern und Jugendlichen führt zu unbeschreiblichem individuellem Leid und großem gesellschaftlichen Schaden. Daher müssen der Kinderschutz und Kinder- und Jugendrechte gestärkt und konsequent durchgesetzt werden. Für diese komplexe und schwierige Aufgabe müssen die Mitarbeiter und Entscheidungsträger in den Jugendämtern und Familiengerichten und die zuständigen Sachverständigen bestmöglich qualifiziert und stetig fortgebildet werden. Wir wollen notwendige Strukturen schaffen, um Kinder vor Gewalt und insbesondere vor sexualisierter Gewalt zu schützen. Wir stärken das Amt des Kinder- und Jugendbeauftragten, der zugleich Landesmissbrauchsbeauftragter ist, indem wir ihm Unabhängigkeit sowie die notwendigen Ressourcen bereitstellen. Es soll ein interministerieller Arbeitskreis gebildet werden der, unterstützt durch einen Fachbeirat, eine eingehende Bedarfs- und Datendurchsicht vornimmt. Ziel ist die Erarbeitung eines Aktionsplanes, wie Kinder vor sexualisierter Gewalt geschützt werden.

Wir wollen erreichen, dass alle Kindertageseinrichtungen und alle Schulen ein institutionelles Schutzkonzept entwickeln und anwenden. Für Kinder in Not schaffen wir ein landesweit erreichbares Kompetenzzentrum. Dort bekommen Kinder umfassende Beratung, medizinische und therapeutische Hilfe oder auch eine psychosoziale Begleitung für alle Phasen eines straf- oder familiengerichtlichen Verfahrens. Wir werden die Anzahl der spezialisierten Fachberatungsstellen, wie sie etwa der Verein Wildwasser betreibt, dem Bedarf anpassen und erhöhen. Wir stärken die Strafermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden im Land, damit sie Kinder vor den Gefahren des Internets besser schützen und Abbildungen von sexualisierter Gewalt im Internet wirksamer bekämpfen können. Die CDU schafft ein starkes Netz von Prävention, Intervention und wirksamen Hilfen zum bestmöglichen Schutz der Kinder und Jugendlichen in unserem Land.

Wir werden durch eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels die Qualität in unseren Kindertageseinrichtungen weiter steigern: Die Elternbeiträge wollen wir möglichst niedrig halten. Eine überdurchschnittliche Inanspruchnahme der Betreuungsangebote macht die Wertschätzung und die Notwendigkeit dieser deutlich, wobei wir als CDU Sachsen-Anhalt die Krippen, Kindertagesstätten und Horte ausdrücklich auch als Bildungsorte verstehen. Investitionen in eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung und Betreuung sind sowohl individuell als auch gesamtgesellschaftlich sehr wertvoll. Sie schaffen positive Voraussetzungen für die weiteren Entwicklungsschritte.

Wir wollen weitere Fachkräfte für unsere Kindertageseinrichtungen gewinnen. Ein Schlüsselement für die Betreuungsqualität sind qualifizierte Fachkräfte in den Einrichtungen und in den Tagespflegestellen. Aufgrund der Altersstruktur und den vorhandenen Bedarfen müssen alle Möglichkeiten für die Gewinnung entsprechender Fachkräfte ausgeschöpft werden. Neben der Qualifizierung von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern muss auch die Berufsausbildung auf diesem Gebiet attraktiver gestaltet werden. Unser Ziel bleibt die Schaffung einer dualen Berufsausbildung, inkl. Ausbildungsvergütung. Für die Kita-Leitungen ist eine Hochschulausbildung erstrebenswert.

Wir werden uns weiter zur Trägervielfalt bekennen. Unterschiedliche Träger mit ihren Konzepten sorgen für einen positiven Wettbewerb um das beste pädagogische Konzept. Dies gilt nicht nur im Bereich der Kindertageseinrichtungen. Eine gute Zusammenarbeit mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege ist für uns wichtig.

Wir werden die Rahmenbedingungen für die Betreuung behinderter Kinder nachhaltig verbessern: Wir wollen die Regeln für dieses wichtige Thema klarer gestalten, bürokratische Hemmnisse abbauen und insbesondere die Strukturen zur frühzeitigen Diagnostik effektiver und effizienter gestalten. Wir werden einen Betreuungsanspruch für behinderte Kinder auch nach dem 14. Lebensjahr festschreiben.

Wir werden Pflegeeinrichtungen bei der zukünftigen Planung von Infektionsschutzmaßnahmen stärker berücksichtigen: Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben gezeigt, wie groß die Bedeutung der Pflegeanbieter für den Bevölkerungsschutz ist. Daher werden wir die Pflegeeinrichtungen bei der zukünftigen Planung von Infektionsschutzmaßnahmen stärker berücksichtigen und bei den dafür erforderlichen Maßnahmen umfassend unterstützen.

Wir werden Pflegeanbieter stärken: Um die absehbare, weiter steigende Nachfrage nach professionellen Pflegeleistungen decken zu können, werden wir Pflegeanbieter in die Lage versetzen, prospektiv Investitionen in Qualität und Kapazität in ihren Einrichtungen zu tätigen. Dabei darf diese Entwicklung nicht einseitig nur zu Lasten der jeweils betroffenen Versicherten verlaufen.

Eine starke und leistungsfähige Infrastruktur ist eine der wichtigsten Grundlagen für ein funktionierendes Gemeinwesen. Millionen von Menschen verlassen sich jeden Tag aufs Neue darauf, dass sie sicher und unfallfrei zur Arbeit und wieder nach Hause kommen, egal, ob sie diesen Weg nun mit dem Auto, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, mit dem Fahrrad oder auch zu Fuß zurücklegen. Sämtliche Versorgungsgüter müssen jeden Tag von ihren Herstellern zu den jeweiligen Verbrauchern transportiert werden. Dienstleistungen unterschiedlichster Art und Weise können nur dann angeboten und genutzt werden, wenn eine intakte Infrastruktur dies auch ermöglicht. Der weitere Ausbau dieser Lebensgrundlage ist der CDU besonders wichtig. Wir haben deshalb hier nie lockergelassen und sind in den letzten Jahren sehr gut vorangekommen.

Beim Weiterbau der A-14 im Norden und beim Lückenschluss der A143 im Süden unseres Landes haben wir große Fortschritte gemacht. Die A14 hat inzwischen die Altmark erreicht, die wichtige Elbquerung ist im Bau. Bei mehreren anderen Abschnitten laufen bereits die bauvorbereitenden Maßnahmen oder es besteht Baurecht. Bei der A143 ist der Spatenstich für den letzten Bauabschnitt erfolgt. Um unserer Städte und Gemeinden weiter vom Durchgangsverkehr zu entlasten, haben wir mehrere Ortsumfahrungen gebaut, so z.B. bei Halberstadt, bei Eutzsch, bei Theißen und bei Schernikau. Die Ortsumfahrungen Wedringen und Oebisfelde sind im Bau, viele weitere sind in der Planung.

Daneben haben wir auch den Radverkehr weiter gestärkt. Wir haben eine Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen ins Leben gerufen und ein Förderprogramm für Lastenfahrräder aufgelegt. Zugleich haben wir mehr Geld in die Hand genommen, um kaputte Radwege zu sanieren oder neue Radwege zu bauen. Gemeinsam mit vielen anderen setzen wir uns dafür ein, den Anteil des Radverkehrs am Verkehrsaufkommen auch in den kommenden Jahren weiter zu erhöhen. Neben dem Individualverkehr ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) die zweite wichtige Säule der Mobilität. Wir haben uns deshalb dafür stark gemacht, dass der ÖPNV qualitativ und quantitativ gestärkt wird. Um dies zu erreichen, haben wir u.a. darauf geachtet, dass mehr Zugbegleiter in den Zügen eingesetzt werden und dass dort ein kostenloses WLAN zur Verfügung steht. Mit dem "Sachsen-Anhalt-Takt" wollen wir eine bessere Vernetzung von Bus und Bahn erreichen. Mit den Linien 100 und 300 existieren zwischen Salzwedel und Magdeburg bzw. zwischen Klötze und Wolfsburg stabile Verkehrsverbindungen im Stundentakt. Damit haben wir auch einen Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums geleistet.

Mit der Städtebauförderung haben wir unseren Kommunen dabei geholfen, die notwendigen Umbauprozesse erfolgreich fortzuführen und ihre Infrastruktur an die jeweiligen Gegebenheiten anzupassen. Als CDU haben wir uns deshalb immer für die vollständige Kofinanzierung aller Bundeshilfen eingesetzt. Bei der Wohnraumförderung konnten wir mit dem "Aufzugsprogramm" rund 10.000 Wohnungen barrierefrei gestalten. Dies war ein wichtiger Beitrag für mehr Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere Eltern mit Kleinkindern, Rollstuhlfahrer oder auch ältere Mitmenschen können nun ihre Wohnung einfacher und besser erreichen.

Die CDU arbeitet daran, dass unser Land auch in Zukunft an allen Orten schön und lebenswert bleibt. Wir wollen deshalb in den nächsten fünf Jahren insbesondere den ländlichen Raum gezielt stärken. Gute Mobilität im ganzen Land ist dabei ebenso wichtig wie eine Landesentwicklung, die auf die Bedürfnisse der Einwohner unseres Landes eingeht und diese unterstützt. Wir wollen uns für eine Erweiterung des Streckenverlaufs der Harzer Schmalspurbahn nach Hasselfelde einsetzen.

Wir werden den Autobahn- und Straßenbau weiter voranbringen: Wir setzen uns weiterhin für die schnellstmögliche Fertigstellung der laufenden Autobahnbauprojekte in unserem Land ein. Wir wollen, dass die A14 und die A143 spätestens 2025 komplett fertig gestellt sind. Einen Baustopp der Autobahnen lehnen wir strikt ab!

Darüber hinaus setzen wir uns für einen sechsspurigen Ausbau der A14 auf besonders stark belasteten Abschnitten sowie für eine Nordverlängerung der A71 von Sangerhausen nach Bernburg ein. Wir sorgen außerdem dafür, dass alle Neubauten aus dem Bundesverkehrswegeplan zügig vorangetrieben werden. Die Mittel für den Landes- und Kommunalstraßenbau werden wir auf jeweils 100 Mio. Euro pro Jahr anheben und dynamisieren. Die Landesstraßenbaubehörde wird personell verstärkt.

Wir werden uns für die richtige Mobilität für jeden – vom Bürgerbus bis zum Familien-Diesel einsetzen. Wir lehnen eine ideologisch motivierte Technologiefurchung sowie diskriminierende Fahrverbote strikt ab. Wir wollen, dass auch zukünftig jede Bürgerin und jeder Bürger selbst entscheiden kann, welche Technik er nutzt, um von A nach B zu kommen. Es gilt, kluge Anreize zu setzen, damit dies freiwillig möglichst umweltschonend erfolgt. Die CDU ist die Partei der Freiheit. Deshalb lehnen wir landesrechtliche Regelungen zur Geschwindigkeitsbeschränkung, außer aus Gründen der Verkehrssicherheit, auf den Autobahnen in unserem Bundesland ab.

Wir werden unsere Pendler stärker in den Blick nehmen. Wir setzen uns für eine Erhöhung der Pendlerpauschale auf 40 Cent/km ein und wollen mit einem eigenen Landesprogramm 500 neue Pendlerparkplätze und eine gezielte Unterstützung von Fahrgemeinschaften erreichen. Weiterhin wollen wir Radfahrerinnen und Radfahrer durch den Ausbau von gesicherten Fahrradstellplätzen und zugehöriger Ladeinfrastruktur an Bahnhöfen unterstützen. Wir werden weiter gewährleisten, dass beim Straßenbau die Empfehlungen für Radverkehrsanlagen berücksichtigt und umgesetzt werden.

Wir werden das Land Sachsen-Anhalt zum Vorreiter für Zukunftsmobilität machen. Mit uns wird Sachsen-Anhalt zum Zukunftslabor für vernetzte Mobilität, grüne Mobilitätsketten und moderne Konzepte zur Verkehrssteuerung. Ziel ist es, die Anbindung des ländlichen Raumes zu stärken und im Rahmen von Pilotprojekten einen 24/7-Service mit Tür-zu-Tür-Verkehren zu testen. Wir wollen die Attraktivität des Bahn-Bus-Landesnetzes durch weitere PlusBusse und TaktBusse weiter erhöhen.

Unser Land soll mit mehreren Pilotprojekten in allen Regionen Technologieführer bei Robotaxis und autonomen Bürgerbussen werden.

Wir werden den Schienen- und Personennahverkehr sichern und ausbauen. Wir wollen die Anbindung Sachsen-Anhalts an den Schienenfernverkehr stärken. Deshalb treten wir dafür ein, dass der Deutschlandtakt möglichst schnell in allen großen Städten Sachsen-Anhalts angeboten wird. Im Schienenpersonennahverkehr wollen wir die Anbindung des ländlichen Raumes sichern und bedarfsgerecht ausbauen. Die Anbindung des ländlichen Raumes soll weiterhin durch den jeweils wirtschaftlichsten Verkehrsträger erfolgen. Dazu werden wir die Regionalisierungsmittel ausschließlich für den Schienenpersonennahverkehr einsetzen.

Wir wollen weiter daran arbeiten grenzübergreifende Pendlerverkehre bürgerfreundlicher zu machen. Mit mehr finanziellen Mitteln für die NASA GmbH entwickeln wir außerdem einen verlässlichen Sachsen-Anhalt-Takt. Wir werden uns bei Streckenerneuerungen dafür einsetzen, die bisherigen Höchstgeschwindigkeiten zu erhöhen, um die Fahrtzeiten zu reduzieren und die Attraktivität der Schiene weiter zu steigern. Für alle nicht elektrifizierten Strecken in Sachsen-Anhalt wollen wir eine Perspektive zur Elektrifizierung schaffen, um die Emissionsbelastung im Verkehr weiter zu reduzieren. Die Anbindung der Landeshauptstadt Magdeburg durch den Schienenpersonennahverkehr bleibt unser Ziel.

Wir wollen den ÖPNV richtig machen. Wir setzen beim weiteren Ausbau der Verkehrsverbünde auf Anreize und auf das Prinzip der Freiwilligkeit. Die regionale Abstimmung muss stimmen, um den öffentlichen Verkehr effizient zu gestalten. Im ÖPNV unterstützen wir die Verkehrsträger beim Aufbau einer Infrastruktur für einen weitgehend CO2-neutralen ÖPNV.

Wir wollen die Verkehrssicherheit im Land erhöhen. Mit erfolgreich getesteten Technologien wollen wir flächendeckend die Zahl der Wildunfälle deutlich reduzieren. Außerdem werden wir mit den Unfallkommissionen und Verkehrswachten ein Landesprogramm zur Entschärfung von Gefahrenstellen umsetzen. Dafür wenden wir in fünf Jahren 10 Mio. € auf.

Wir wollen die Kleinsten und die schwachen Verkehrsteilnehmer schützen und mehr und bessere Radwege bauen. Wir wollen die Zahl der neu gebauten Radwege in fünf Jahren verdoppeln. Dafür werden wir zusammen mit den Kommunen baulastträgerübergreifende Finanzierungsinstrumente entwickeln.

Mit einem Alleenprogramm werden wir die Schäden an den bestehenden Alleen beheben. Für mehr Nachhaltigkeit wollen wir 2000 neue dürreresistente (Obst-)Bäume an Landesstraßen pflanzen.

Wir wollen Verkehrsinvestitionen fördern. Statt teurer Einzelmaßnahmen wollen wir mehr Kontinuität in der Finanzierung kommunaler Straßen. Die Kommunen werden mit der Unterstützung durch eine Task-Force der Landesstraßenbaubehörde ein besseres Baustellenmanagement erreichen. Wir wollen den Städten und Gemeinden außerdem mehr Anreize geben, mit technischen Lösungen mehr Lärmschutz umzusetzen (Flüsterasphalt).

Wir wollen unsere Fähren sicherer machen. Mit einer „Verkehrsagentur Fähre“ unterstützen wir die kommunalen Fähren beim Ausschreibungs- und Abnahmemanagement und bei den Fährrevisionen. Außerdem wollen wir mehr Nachwuchsförderung für Fährpersonal.

Wir wollen die bestehende Luftverkehrsinfrastruktur erhalten und ausbauen. Die CDU bekennt sich zum Luftverkehr als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen-Anhalt sowie zum Erhalt leistungsfähiger Strukturen und fördert zielgerichtet deren Weiterentwicklung. Mit dem Flughafen Leipzig/Halle verfügt das Land über einen wichtigen Standort im internationalen Luftverkehr. Für die Landeshauptstadt Magdeburg ist insbesondere der Flugplatz Magdeburg von zentraler Bedeutung. Der Flugplatz in Cochstedt soll als Forschungsstandort ausgebaut werden.

Wir wollen, dass alle Verkehrsträger ihren Beitrag zur Bewältigung des Verkehrs leisten können. Kein Verkehrsträger darf gegen den anderen ausgespielt werden. Für eine Verkehrsverlagerung braucht es leistungsfähige alternative Verkehrsträger. Neben der Schiene bietet vor allem die Wasserstraße die größten Reserven. Daher treten wir neben dem weiteren Ausbau von Straße und Schiene für die Sicherstellung einer ganzjährigen Schiffbarkeit der Elbe sowie den Bau des Saale-Seiten-Kanals ein.

Um die Lücken in unserer Infrastruktur zu schließen und neue Vorhaben schneller zu realisieren, treten wir nachdrücklich für ein wirkungsvolles Planungsbeschleunigungsgesetz und die Wiedereinführung der Präklusion ein.

Mit Hilfe der Städtebauförderung ist es seit 1990 gelungen, den Verfall unserer Städte zu stoppen und viele historische Bauten zu sanieren. Zugleich konnte damit der notwendige Stadtumbauprozess erfolgreich gestaltet werden. Dieser Prozess ist jedoch nicht abgeschlossen. Daher wollen wir die Städtebauförderung weiterführen und alle Bundesmittel kofinanzieren. Das gleiche gilt auch für die Fortsetzung der Wohnraumförderung.

Hier wollen wir schwerpunktmäßig den altersgerechten und energetischen Umbau weiter vorantreiben und dazu insbesondere die barrierefreie Erreichbarkeit der Wohnungen weiter fördern.

Wir wollen den Landesentwicklungsplan (LEP) fortschreiben und dazu in einen intensiven Dialog mit den Kommunen unseres Landes treten. Außerdem fördern wir die kommunale Raumplanung (Flächennutzungspläne) unter der Bedingung, neue Gewerbe - und /oder Industriestandorte auszuweisen. Die regionale Rohstoffsicherung (z.B. Gips) ist gerade für die vom Braunkohleausstieg betroffenen Unternehmen sehr wichtig. Der LEP soll in seiner Fortschreibung daher Möglichkeiten bieten, auch einheimische Rohstoffe zu erschließen. Die im Landesentwicklungsplan vorgesehenen landesbedeutsamen Industriegebiete sollen auch in der Fortschreibung Bestand haben. Die Umsetzung soll durch das Land aktiv befördert und unterstützt werden.

Der ländliche Raum bietet viele Potentiale und vor allem Fläche. Das Baurecht macht das sogenannte „Bauen im Außenbereich“ aufgrund der Raumplanung und der damit verbundenen Zersiedelung nahezu unmöglich. Es bedarf allerdings intelligenter Lösungen, um z. B. Wohnbebauung in baulich bereits in Anspruch genommenen Bereichen oder ehemals durch die Landwirtschaft genutzter Bebauung neu zu entwickeln. So sollte ein Eigentümer künftig allein entscheiden, ob er einen Umbau eines alten Wohngebäudes vornimmt oder durch ein neues Gebäude ersetzt. Die CDU wird sich daher für eine Anpassung des Baurechts über eine Bundesratsinitiative einsetzen.

Digitale Technologien und Anwendungen sind heute zentraler Treiber für tiefgreifende Veränderungen in allen Lebensbereichen. Themen wie die Telemedizin, das autonome Fahren, das vernetzte Arbeiten und Lernen, vollautomatische Produktionsstrecken oder Smart-Cities beschäftigen uns schon heute. Die Digitalisierung eröffnet neue Handlungsräume in Wirtschaft, Gesellschaft und für jeden einzelnen Menschen. Sie muss kontinuierlich, verantwortungsvoll und zukunftsorientiert erfolgen und in der Mitte unserer Gesellschaft verankert werden. Die Grundsätze unserer Politik, unseres freiheitlichen Zusammenlebens, unseres geltenden Rechtssystems und unserer christlichen Werte gelten für uns analog wie digital.

Wir haben in der letzten Wahlperiode begonnen, das Verwaltungsnetz der Landesbehörden zu erneuern und für die Zukunft fit zu machen. Der Breitbandausbau in den Gemeinden ist durch die Förderpolitik des Landes gut vorangeschritten. Auf Initiative der CDU wurde für die Schulen unseres Landes der Anschluss an das Breitbandnetz durch das Finanzministerium übernommen und mit dem Ausbau begonnen. In Gebieten, wo ein Breitbandausbau nicht schnell möglich ist, wurde auf Drängen der CDU das Programm Funklochstopfer ins Leben gerufen und Gelder für mobile Netzverbindungen bereitgestellt. Daneben haben die Kommunen mit Fördermitteln des Bundes und des Landes den Ausbau dort vorangetrieben, wo der Markt versagt hat. Die CDU wird dieses Anliegen weiter positiv begleiten. Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass die Digitalisierung in allen Bereichen unseres Lebens an Bedeutung gewonnen und sich als wesentliche Stütze in der Krise für Unternehmen aller Branchen und Größen, fürs Bildungs- und Gesundheitswesen sowie für jeden Einzelnen von uns erwiesen hat. Entscheidend für die gesellschaftliche Akzeptanz und den wirtschaftlichen Erfolg der Digitalisierung ist die Sicherheit der jeweils angewandten Technologie und der übertragenen Daten. Die CDU nimmt das Zukunftsthema „Digitalisierung“ sehr ernst und wird bei der weiteren Entwicklung der digitalen Zukunft unseres Landes die Erfahrungen aus der Bewältigung der Corona-Pandemie einfließen lassen.

Wir setzen uns für eine flächendeckende Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur im gesamten Land ein. Wir wollen mit dem Ausbau der Breitband-Netze und der fortschrittlichsten mobilen Datenübertragungstechnik (zurzeit 5G) und zuverlässigen Internetverbindungen gewährleisten, die für eine digital vernetzte Wirtschaft und unsere Bürger wichtig sind.

Mehr als die Hälfte unserer Bürgerinnen und Bürger leben auf dem Land. Dennoch ist es für viele ländliche Regionen mit erheblichen Herausforderungen verbunden, angesichts von Abwanderung, einer älter werdenden Bevölkerung und weiteren Faktoren Wirtschaftskraft und Daseinsvorsorge zu erhalten. Um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse insbesondere im ländlichen Raum zu erreichen, wird dieser prioritär bei Digitalisierungsvorhaben eingestuft.

Wir setzen uns für die Bündelung der Aufgaben der Digitalisierung und Innovation in einem eigenständigen Digitalministerium ein. Die bestehende Trennung der Zuständigkeiten zwischen Digitalisierung der Verwaltung und der Bereitstellung von digitalen Infrastrukturen für die Wirtschaft und die Bevölkerung haben sich nicht bewährt. Digitalisierung ist kein rein technischer Prozess, vielmehr bedeutet sie eine tiefgreifende allumfassende Änderung in allen ablauforganisatorischen Bereichen des Lebens. Das Digitalisierungsministerium soll eine innovative und flexible Organisationsstruktur und als aufzubauende Denkfabrik die Konzeption und Umsetzung von modernen Lösungen übernehmen.

Die Digitalisierung dringt immer mehr in den Alltag der Bürgerinnen und Bürger vor. Wir wollen, dass alle Menschen die Chancen der Digitalisierung nutzen können. Sie sollen den digitalen Wandel selbstbestimmt mitgestalten und verantwortungsvoll mit den Risiken umgehen können. Dafür werden in allen Bereichen mehr Angebote bereitgestellt und das Bildungssystem noch stärker auf das digital geprägte Leben, die digitale Arbeits- und Wirtschaftswelt und die digitale Wissensgesellschaft ausgerichtet. Die Verwaltung soll Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen das Leben erleichtern, nicht verkomplizieren. Wir wollen den Austausch mit der Verwaltung und die Beantragung von Leistungen für alle einfach und sicher machen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass alle Verwaltungsleistungen künftig digital angeboten und einfach genutzt werden können. Onlineanwendungen der Verwaltung sollen nutzerorientiert nach agilen Prinzipien und dem Onlinezugangsgesetz für alle entwickelt werden.

Veränderungen zu gestalten und Neues zu schaffen, ist eine Voraussetzung für die langfristige Sicherung nachhaltigen Wohlstands und des sozialen Zusammenhalts. Wir wollen sicherstellen, dass aus hervorragender technologischer Forschung unserer Universitäten und der Wirtschaft auch hervorragende technologische Produkte „Made in Sachsen-Anhalt“ auf den Markt gebracht werden und internationale Standards setzen. Wir setzen uns für die Erstellung von innovativen Testfeldern für moderne Technologien wie automatisiertes Fahren, Drohnen und künstliche Intelligenz ein. Dazu werden wir den Aufbau von digitalen Kompetenzen im Mittelstand und bei Gründern unterstützen, die Entwicklung von Smart Cities und Smart Regions fördern. Erfolgreiche bestehende Regionale Digitalisierungszentren werden fortgeführt und weitere initiiert. Hierfür und für die Kofinanzierung von Mitteln der EU, des Bundes und Strukturwandel werden dauerhaft aus einem aufzulegenden Innovationsfonds für Digitale Transformation Gelder bereitgestellt.

Daten sind der Kern der digitalen Wirtschaft und Gesellschaft. Eine breite Informationsbasis ist unabdingbar, um Prozesse effizient zu gestalten. Gleichzeitig ist der Schutz der Privatsphäre ein hohes Gut. Wir werden deshalb für eine bundesweite gemeinsame Datenpolitik und für die Sicherheit aller digitalen Anwendungen der Verwaltung und des Landes sorgen. Wir wollen Cyber-Kriminalität entschlossen entgegentreten und die hierfür notwendigen technischen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen. Den seit Jahren wachsenden Markt für IT- und Cybersicherheitsprodukte wollen wir durch zielgerichtete Unterstützung der Forschung und der Wirtschaftsförderung für Sachsen-Anhalt erschließen. Dieses Zukunftsfeld wollen wir mit Unterstützung des eigenständigen Digitalisierungsministeriums strategisch besetzen. Hierfür streben wir die Einrichtung eines Sonderfonds an.

Von den Beschränkungen zur Eindämmung der Corona- Pandemie waren besonders die Kitas und Schulen betroffen. Kinder und Jugendliche dürfen nicht die Verlierer der Pandemie sein. Wir wollen die Digitalisierung der Schulen mit Hochdruck vorantreiben und digitale Programme für lebenslanges Lernen wie digitale Klassenzimmer oder die Schaffung der Möglichkeiten zur Durchführung von Fernunterricht fördern, dabei sind alle Maßnahmen technischer, personeller und organisatorischer Art zu treffen, dass die Lernqualität des Fernunterrichts der des Präsenzunterrichts möglichst nahekommt. Hierzu sollen insbesondere Klassenzimmer mit moderner Smarttechnologie ausgestattet, sichere Netzwerke in Schulen eingerichtet und die Schulen zügig an das Breitbandnetz angeschlossen werden.

Wir werden Menschen mit Behinderung mehr Teilhabe ermöglichen: Mit dem Bundesteilhabegesetz wurden grundsätzlich gute Möglichkeiten geschaffen, dass Menschen mit Behinderung ein Leben in Selbstbestimmtheit führen können. Dieses muss jetzt im Alltag mit Leben erfüllt werden. Unser Handeln ist hier vom Grundsatz geprägt: „Keine Entscheidung über uns - ohne uns“. Dabei verstehen wir Inklusion nicht als Gleichmacherei, sondern als Anspruch, die Menschen nach ihren unterschiedlichen Fähigkeiten zu fördern, um ihnen einen möglichst großen persönlichen Entfaltungsraum zu ermöglichen. Unter Barrierefreiheit verstehen wir ausdrücklich nicht nur bauliche Fragestellungen, sondern zum Beispiel auch den Zugang zu Informationen oder zu unterschiedlichen öffentlichen und privaten Angeboten. Wir bekennen uns ausdrücklich zur wichtigen Rolle der Werkstätten für Menschen mit Behinderung und zum Ausbau der Inklusionsbetriebe in unserem Land. In den Kommunen soll die Bildung von Behindertenbeiräten positiv begleitet werden.

Die CDU Sachsen-Anhalt steht in der Flüchtlingspolitik für Steuerung und Ordnung, aber auch zur rechtlichen und humanitären Verpflichtung. Wir halten an dem Asylgrundrecht und an dem Flüchtlingsschutz der Genfer Flüchtlingskonvention fest. Flüchtlingsschutz ist Schutz auf Zeit und muss im Normalfall in einer Rückkehr in das Herkunftsland enden, wenn der Fluchtgrund entfallen ist. Der Flüchtlingsschutz muss so ausgestaltet sein, dass er nicht als Einladung zur generellen Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen missverstanden werden kann. Ein Bleiberecht für alle lehnen wir strikt ab. Kein Land der Welt kann unbegrenzt Schutzsuchende aufnehmen, daher sprechen wir uns nachhaltig für eine Integrationsobergrenze für tatsächlich Schutzbedürftige aus.

In den letzten Jahren haben wir auf Bundes- und Landesebene viel für Steuerung und Ordnung in Migrationsfragen getan. Mit der Novellierung des Aufnahmegesetzes wurde die Wohnverpflichtung in der Erstaufnahme auf grundsätzlich 18 Monate verlängert, um die freiwillige bzw. zwangsweise Rückkehr zu fördern und gleichzeitig die Kommunen zu entlasten. Wir werden eine eigene Abschiebeeinrichtung zügig aufbauen, um die Abschiebungen aus Sachsen-Anhalt zu gewährleisten. Auf Bundesebene haben wir eine aktive Mitwirkungspflicht im Asylverfahren festgeschrieben und den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte eingeschränkt sowie die Zusammenarbeit mit Herkunftsstaaten bei der Rückführung und den Datenaustausch verbessert.

Wir werden von den Menschen fordern, die in Deutschland leben wollen oder hier Schutz suchen, sich der hiesigen Rahmen- oder Leitkultur anzuschließen: Diese Leitkultur umfasst neben der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auch jene kulturellen Errungenschaften, denen unsere Verfassungsordnung überhaupt erst ihre Plausibilität verdankt. Dazu gehören die Trennung von Staat und Religion, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Wertschätzung des Strebens nach selbstdefiniertem Lebensglück, der dauernde, verantwortungsvolle Umgang mit persönlicher Freiheit. Zur Leitkultur gehören aber auch Übereinkünfte, die von der Regelung des Alltagslebens bis zur Ausgestaltung der Rolle Deutschlands in Europa und der Welt reichen.

Sie beginnen mit dem selbstverständlichen Gebrauch der deutschen Sprache sowie bewährter Umgangsformen, und sie umschließen jene wichtigen Lehren, die unser Land aus der nationalsozialistischen und der kommunistischen Diktatur gezogen hat. Zu diesen gehören die Wertschätzung von Solidarität und Freiheit, die bereitwillige Übernahme von Verantwortung, gegenseitiger Respekt und der Verzicht auf politische Gleichgültigkeit. Das alles sind sehr konkrete Wege für Zuwanderer, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Wir erwarten, dass diese Wege auch beschritten werden.

Wir werden den Menschen, die sich für Deutschland und seine Leitkultur entscheiden, dieselben Aufstiegsmöglichkeiten bieten, wie jedem Menschen, der mit seiner Familie schon seit Generationen hier lebt: Wer sich kulturell assimiliert, wird mit sozialer Assimilation belohnt. Wir haben jedoch aus der Geschichte gelernt, dass kulturelle Assimilation ihre Grenze an religiösen Bekenntnissen findet. Im Gegensatz zu anderen Parteien setzen wir aber nicht auf Quote, um soziale Integration voranzubringen, sondern auf die Bereitwilligkeit der „neuen Deutschen“, über Leistungsbereitschaft den Aufstieg zu schaffen.

Wir garantieren eine geordnete Zuwanderung und konsequente Rückführung. Die zentrale Unterbringung sowie der verlängerte Aufenthalt in der Landeserstaufnahmeeinrichtung gemäß dem Unterbringungskonzept haben sich bewährt und wir werden daran festhalten, um die Kommunen bei der Aufnahme von Asylbewerbern nicht zu überfordern. Die kooperative Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) soll ein schnelles Asylverfahren sicherstellen. Die konsequente Vollstreckung der Ausreisepflicht durch Abschiebungen und die freiwillige Rückreise sind elementare Bestandteile unserer Asylpolitik, um das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat weiterhin zu gewährleisten.

Wir werden durch ein Rückkehrmanagement die Organisation und Rückführung abgelehnter Asylbewerber durch eine landeseigene Abschiebungssicherungseinrichtung erleichtern. Die zügige Beschaffung von Passersatzpapieren mithilfe des Bundes sowie gemeinsame Rückführungsaktionen mit anderen Bundesländern sollen die Abschiebungen in die Herkunftsländer garantieren. Kriminelle Asylbewerber, die in Deutschland Straftaten begehen, haben ihr Gastrecht verwirkt und sind vordringlich abzuschicken.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass auf Bundesebene die Liste sicherer Herkunftsländer ausgeweitet wird. Seit langem scheitert die Einstufung Marokkos, Algeriens, Tunesiens und Georgiens als sogenannte sichere Herkunftsstaaten am Widerstand anderer Parteien im Bundesrat. Alle Staaten, für die die Anerkennungsquoten unter fünf Prozent liegen, müssen zukünftig auf Grundlage der aktuellen Lageberichte des Auswärtigen Amtes als sichere Herkunftsländer eingestuft werden, daran werden wir festhalten.

Wir setzen uns in der Europäischen Union für ein krisenfestes und solidarisches gemeinsames Asylrecht sowie für schnelle und rechtssichere Asylverfahren, die faire Verteilung der Schutzsuchenden und die zügige Rückführung von nicht Schutzbedürftigen ein. Zu einer wirksamen Flüchtlingspolitik zählt auch der Außengrenzschutz, der mit dem zügigen Ausbau samt Kompetenzerweiterung der Grenzschutzagentur Frontex einhergehen muss. Asylverfahren sind unserer Vorstellung nach vordringlich an den EU-Außengrenzen zu klären. Wir wollen auch weiterhin als Teil der internationalen Gemeinschaft die Ursachen von Flucht und illegaler Migration bekämpfen. Wir werden die illegale Migration nach Europa weiter eindämmen und hierfür die Zusammenarbeit mit Transitstaaten ausbauen.

Wir wollen ausländische Arbeitskräfte unbürokratisch für Sachsen-Anhalt gewinnen. In Sachsen-Anhalt macht sich der Mangel an qualifizierten Fachkräften immer mehr bemerkbar. Wir wollen für gut ausgebildete Menschen aus dem Ausland, die hier arbeiten, ihren eigenen Lebensunterhalt sicherstellen können und sich integrieren wollen, ein attraktives und offenes Land sein.

Im Rahmen bestehender Anwerbekampagnen für Fachkräfte unterstreichen wir die Vorteile gezielter Migration nach nationalem Interesse. Kleinen und mittleren Unternehmen wollen wir noch besser helfen, ausländische Fachkräfte zu gewinnen und diese langfristig zu binden. Dazu müssen wir die Verwaltungsverfahren rund um die Zuwanderung so unbürokratisch wie möglich gestalten. Gleichzeitig fordern wir von allen Zugewanderten den Willen zur Integration. Das Landesnetzwerk Migrant*innenorganisationen Sachsen-Anhalt, die Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt sowie die unterschiedlichen religiösen Gemeinschaften sehen wir als Partner im notwendigen Integrationsprozess. Wir setzen uns innerparteilich sowie in Bundesrat und Bundestag für die sofortige Umsetzung der Beschlusslage der CDU Deutschlands zur Abschaffung von Doppelpässen (doppelten Staatsbürgerschaften) ein.

Sollten Sie noch konkrete Nachfragen haben, wenden Sie sich bitte an Herrn Tobias Krull MdL, der Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung steht.